

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #32/2017

---

30. September 2017

Die Fragen stellte **Samira Hrach**, 25, Studentin im Master „Economics und Journalismus“ an der Technischen Universität Dortmund.

### **Samira Hrach:**

*Frau Bundeskanzlerin, am Dienstag, dem Tag der Deutschen Einheit, können wir auf 27 Jahre Wiedervereinigung in Deutschland zurückblicken. Sie selbst werden auch in Mainz bei den Feierlichkeiten dabei sein. Warum ist es nach so einer langen Zeit noch so wichtig, diesen Tag zu feiern und damit jemanden wie mich, der die Wiedervereinigung gar nicht selbst mit-erlebt hat, daran zu erinnern?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Das ist zum Beispiel ein Grund. Ich freue mich, dass ich nach Mainz fahren kann. Ich finde auch die Regelung, die wir getroffen haben, dass das von Bundesland zu Bundesland geht, dass sich die Bundesländer dabei auch immer wieder präsentieren, auch eine sehr schöne Tradition. Weil sie gleichzeitig auch noch einmal unseren Föderalismus stärkt. Und gerade weil jetzt natürlich auch immer mehr Menschen erwachsen werden, die die deutsche Teilung gar nicht mehr erlebt haben, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass Deutschland hier einen sehr glücklichen Moment seiner Geschichte erlebt hat. Dass Deutschland aber immer noch nicht am Ziel ist, dass man sagen kann, die Lebensbedingungen sind vollkommen gleichwertig. Und für die, die älter sind, wie ich zum Beispiel und die, die noch älter sind, ist es auch eine ganz, ganz wichtige Erinnerung an einen großen Teil unseres Lebens. Denn ich habe immerhin 34, 35 Jahre in einem geteilten Deutschland auf der DDR-Seite gelebt und das Leben war schon in vielerlei Hinsicht sehr, sehr anders. Daran einfach noch einmal zu erinnern, finde ich auch sehr wichtig.

*Sie sagten es schon, Sie selbst sind in der DDR aufgewachsen. Als ich nach meinem Schulabschluss entscheiden musste, wo es hingehet fürs Studium, muss ich ehrlich zugeben, dass ich nicht auf die Idee gekommen bin, mich an einer Uni in Ostdeutschland zu bewerben. Was würden Sie jungen Menschen sagen, warum es doch lohnenswert sein kann, eine Karriere in Ostdeutschland zu starten?*

Erst einmal glaube ich, dass die Studienbedingungen heute genauso gut sind, manchmal vielleicht sogar noch besser, weil die Universitäten, mit Ausnahme der Humboldt-Universität in Berlin vielleicht, nicht so überlaufen sind. Weil die Universitäten auch sehr ehrgeizig sind, ein gutes Bild abzugeben. Ich weiß von der Universität in Greifswald zum Beispiel, die zu meinem Wahlkreis gehört, dass durch die zentrale Studienvermittlung Studenten manchmal dort hinkommen, die auch nie daran gedacht haben. Und die alle hinterher sagen, das hätten sie nicht gedacht, dass dort ein so tolles Studienklima ist, dass man dort auch so viel erleben kann und dass dort so viel aufgebaut wurde. Man muss auch immer bedenken, die Universitäten sind fast alle rundum erneuert worden. Also man hat auch exzellente Forschungs- und Lehrbedingungen. Einfach neugierig sein im Leben, und sich auch einmal auf etwas Unerwartetes einlassen, das finde ich gut und so kann ich Universitäten in den neuen Ländern nur empfehlen.

*Der aktuelle Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit macht deutlich, dass die ostdeutsche Wirtschaft sich sehr gut entwickelt hat. Aber obwohl die neuen Bundesländer immer weiter aufholen, gibt es doch noch viele Regionen in Ostdeutschland, die*

*man als strukturschwach bezeichnen kann. Woran liegt das und was tut die Bundesregierung, um überall gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen?*

Ja, wir haben noch einige strukturelle Probleme. Das ist einmal die Vermögenssituation der Menschen zwischen neuen Ländern und alten Bundesländern. Das liegt einfach daran, dass nicht so viele Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit hinter den Ostdeutschen liegen, also, dass sie nicht so viel Vermögen bilden konnten, und dass in den alten Ländern einfach sehr viel mehr Erbschaften heutzutage schon von Eltern auf Kinder gemacht werden. Wir haben noch eine dramatisch unterschiedliche Steuerkraft. Das liegt daran, dass die Zentralen fast aller großen Unternehmen immer noch in den alten Bundesländern sind, teilweise Produktionsstätten natürlich in den neuen, aber dass sozusagen der Hauptsitz immer noch da ist, wo er früher war. Das bedeutet, dass die neuen Länder, eben auch wenn sie jetzt in Zukunft in den Bundesländer-Finanzausgleich mit einbezogen werden - ab 2020, einfach immer noch strukturelle Unterstützung brauchen. Sie haben Recht, es gibt eben auch strukturschwache Regionen, die gibt es in den alten Ländern auch, und da werden wir für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ganz andere Lösungen finden müssen. Wir haben in den Ballungsgebieten zum Beispiel steigende Mieten. Da müssen wir schauen, wie wir mehr Wohnungen bauen. In den ländlichen und strukturschwachen Regionen haben wir einen Verfall der Immobilienpreise. Wir haben zu wenig medizinische Versorgung. Wir haben Schwierigkeiten beim Ausbau des Breitbands. Um gleichwertige Lebensbedingungen zu haben, müssen wir unterschiedliche Antworten geben. Wenn das dann immer negativ als Subvention bezeichnet wird, dann stimmt das nicht, sondern es ist ein Verfassungsauftrag, den wir haben. Und die Menschen erwarten das mit Recht von uns.

*Strukturschwäche ist aber nicht das einzige Merkmal, das Ost- und Westdeutschland voneinander unterscheidet. Es gibt auch Unterschiede in der politischen Einstellung. Seit der Bundestagswahl ist die AfD zum Beispiel in Sachsen jetzt stärkste politische Kraft in dem Bundesland. Woran liegt das, und wie möchten Sie in diesem Zusammenhang auf die Menschen zugehen?*

Das ist ziemlich schwer zu ergründen, weil ich sehr ungern sage: „die Ostdeutschen“ und „die Westdeutschen“. Wir haben natürlich auch in Teilen der westlichen Länder eine erstarkende AfD. Ich glaube, es sind zum Teil Verlustängste, man hat sich jetzt sehr viel aufgebaut, man hat viele Umbrüche in der eigenen Biografie erlebt, aber das alleine erklärt die Dinge auch nicht. Sorgen muss man ernst nehmen, egal wo sie auftreten. Wir haben eben über die ländlichen Regionen gesprochen: Wir sehen solche Sorgen vor der Globalisierung, vor der Anonymität, vor schlechterer Versorgung im Grunde auch in den alten Ländern. Und deshalb heißt es hier gesamtdeutsch dagegen vorzugehen und Menschen durch die Lösung der Probleme, die sie haben, - ich habe ja einige Schwächen aufgezählt -, einfach auch wieder zum Zuhören zu bringen und dafür zu gewinnen. Das sehe ich nach dieser Bundestagswahl auch als meine sehr konkrete Aufgabe an.